

2007-07-04

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen am 10.05.2007

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:00 Uhr
Sitzungsort: Raum 228

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Gebhardt, Roland
Göring, Christoph
Kolze, Jens
Mrosek, Andreas

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Ehlert, Heidemarie
Schönemann, Ralf

Fraktion der SPD

Sachse, Hans-Christian

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Giese-Rehm, Stefan

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Nußbeck begrüßte die Mitglieder und Gäste des Ausschusses und stellte die fristgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zur vorgeschlagenen Tagesordnung wurden keine Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche vorgebracht.

2. Öffentliche Beschlussfassungen und Informationen

3. Öffentliche Anfragen und Informationen der Fraktionen und der Beigeordneten

Anfragen und Informationen wurden nicht vorgebracht.

3.1. Haushaltssatzung 2007, Haushaltsplan 2007, Finanzplan 2007, Stellenplan 2007

Frau Nußbeck führte unter Bezugnahme auf das den Stadträten mit Datum 07.05.2007 zugesandte Schreiben zu den Ursachen der verspäteten Vorlage des ersten Entwurfes des Haushaltsplanes 2007 aus, dass diese in erster Linie darin begründet seien, dass sich zwischen dem für das Jahr 2006 beschlossenen Haushalt, mit einem prognostizierten Ausgleich bis zum Jahr 2015, und dem jetzigen Stand gravierende negative Veränderungen ergeben haben, auf die im Anschluss noch einmal eingegangen werde. Diese Veränderungen haben bewirkt, dass das planmäßige Defizit um 9.231,6 TEUR abweicht. In der Folge, so Frau Nußbeck weiter, mussten sämtliche Überlegungen die Haushaltskonsolidierung betreffend überprüft und neue Wege beschritten werden.

Frau Nußbeck führte weiter aus, dass die Verwaltung unter diesen Bedingungen zum einen die intensive Arbeit am Haushaltskonsolidierungskonzept betrieben habe, parallel dazu zum Land Kontakt aufgenommen habe, da sich ein großer Teil dieser Situation aus dem Wegfall der Einnahmen aus dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) begründet. Zu nennen sei hier insbesondere der Wegfall des Familienleistungsausgleiches und die Senkung der Verbundquote von 23,8 % auf 22,3 %.

In diesem Zusammenhang haben die drei kreisfreien Oberzentren Magdeburg, Halle und Dessau durch eine konzertierte Aktion gegenüber dem Land bewirkt, dass sich das Land dieser gemeinsamen Thematik annimmt und nach Lösungswegen sucht. Dazu wurde angekündigt, dass das FAG geändert werden soll, dass eine weitere Absenkung der Verbundquote in 2008 nicht beabsichtigt sei und dass für die Städte eine Soforthilfe in Form einer Zinshilfe, welche die Höhe des Kapitaldienstes für die Kassenkredite umfassen soll, vorgesehen sei. Im Weiteren sei vorgesehen, so Frau Nußbeck weiter, dass das FAG innerhalb seiner Struktur angepasst werden soll, hier durch die Erhöhung des Prozentsatzes der Mittelverteilung von 27 % auf 28 %.

All dies, so Frau Nußbeck, habe die Verwaltung in der den Stadträten vorliegenden Planung berücksichtigt. Darüber hinaus wurden weitere Maßnahmen besprochen und beim Land beantragt, wie beispielsweise

- eine erhöhte Beteiligung des Landes am Zuschuss für das Anhaltische Theater und
- eine Beteiligung des Landes an den Kosten der städtischen Museen.

Diese Anträge wurden durch das Finanzministerium an die zuständigen Fachressorts zur Bearbeitung weiter geleitet. Auch diese Anträge wurden in das Haushaltskonsolidierungskonzept als Maßnahme mit aufgenommen.

Im Anschluss an diese allgemeinen Ausführungen leitete Frau Nußbeck zu den einzelnen Ursachen der gegenwärtigen Finanzsituation über.

Wie bereits ausgeführt, so Frau Nußbeck, weicht das laufende Defizit im Finanzplan um 9.231,6 TEUR ab. Als größter Posten sind darin allein

Wenigereinnahmen bei den Realsteuern in Höhe von
enthalten, davon

4.801,2 TEUR

Wenigereinnahmen bei der Gewerbesteuer in Höhe von	4.494,3 TEUR
und Wenigereinnahmen bei der Grundsteuer B	306,9 TEUR

Die zweite große Position ist die im Haushaltskonsolidierungskonzept vorgeschauten Gewinnabführung der DVV, die um

1.205,4 TEUR

niedriger ausfällt. Die Gesamtposition basiert auf den Aussagen der Wirtschaftsplan-erfolgsvorschau der DVV und wurde in das Haushalts-konsolidierungskonzept über-nommen.

Eine dritte große Ursache liegt in der Steigerung der Personalkosten um

1.181,7 TEUR

aufgrund der Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit von 35,0 h auf 37,0 h nach Auslaufen des Tarifvertrages für 2007 und die reguläre Tarifierfassung.

Viertgrößte Position, so Frau Nußbeck weiter, sind die Mehrausgaben bei den Zinsen für Kassenkredite in Höhe von

898,6 TEUR.

Zurückzuführen seien diese Mehrausgaben auf die dauerhaften Liquiditäts-Schwierigkeiten der Stadt und die Entwicklung der Zinsen.

Vielschichtige Ursachen habe die fünfte Position, Erhöhung des Zuschusses an freie Träger von Kindertagesstätten in Höhe von

531,1 TEUR.

Zum einen resultiere dies aus der zunehmenden Inanspruchnahme von Elternbeitrags-befreiungen, die dem freien Träger zu erstatten seien und zum anderen habe es auch hier Tarifierfassungen gegeben. Im Weiteren schlage sich die Mehrwertsteuererhö-hung nieder. Hinzu komme, so Frau Nußbeck weiter, dass sich der Zuschuss durch 70 weitere Hortplätze bei den freien Trägern erhöhe.

Eine letzte bedeutende Position seien einmalige Ausgaben im Vorfeld der Fusion Dessau-Roßlau in Höhe von

510,4 TEUR.

Hierbei handele es sich insbesondere zusätzliche Ausgaben für Hardwarewartung, Da-tenübernahme und im Vorfeld der Fusion im Wege der Abordnung übernommenes Personal.

Anfragen zu den Ausführungen wurden nicht vorgebracht.

Frau Nußbeck führte im Weiteren unter Bezugnahme auf die **Eckzahlen des Finanz-planes** aus, dass dieser für das Jahr 2007 ein planmäßiges Defizit in Höhe von 32.659,2 TEUR ausweise. Das darin enthaltene laufende Defizit betrage 12.820,0 TEUR. Dieses laufende Defizit werde erst ab dem Jahr 2010 ausgeglichen, die gesam-ten Soll-Fehl-Beträge werden mit dem jetzt vorliegenden Haushaltskonsolidierungskon-zept aber erst ab dem Jahr 2016 vollständig beseitigt.

In der Finanzplanung sei die Verwaltung davon ausgegangen, so Frau Nußbeck, dass im Jahr 2007 noch 55.648,9 TEUR Personalausgaben geplant werden. Es werde aber davon ausgegangen, dass die Kindereinrichtungen zum 31.12.2007 im Wesentlichen an freie Träger übertragen sein werden und damit dann ab dem Jahr 2008 nur noch 45.183,1 TEUR betragen werden. Trotzdem in den nächsten Jahren bei den Personalkosten weitere Steigerungen eingeplant seien, werden innerhalb dieser Personalkosten weitere 1 Mio. EUR an Einsparungen zusätzlich eingeplant, die momentan stellenseitig noch nicht konkret untersetzt sind. Nicht berücksichtigt sei hier, so Frau Nußbeck, dass die Personalkosten für 54 Stellen aufgrund der Fusion eingespart werden, da der Haushalt nur für den Gebietsstand Dessau aufgestellt wurde.

Auf die Nachfrage von Herrn Eichelberg zu den Ausführungen hinsichtlich von Personalkosteneinsparungen und einem damit verbundenen und notwendigen Personalentwicklungskonzept (PEK) erläuterte Frau Nußbeck, dass die Verwaltung Bekanntermaßen an dem PEK arbeite. Der vorgelegte Stellenplan habe die Ergebnisse aus der Strukturdiskussion bis März dieses Jahres bereits mit einbezogen. Der Stellenplan für das Jahr 2007 sehe im Vergleich zum Vorjahr 62 Stellen weniger vor und habe darüber hinaus 156 kw-Vermerke. Die Verwaltung arbeite mit Hochdruck an der Fertigstellung des Konzeptes, um dieses gemeinsam mit der Politik diskutieren zu können.

Zur weiteren Nachfrage von Herrn Eichelberg, inwieweit das PEK strukturelle Veränderungen nach sich ziehen werde, erklärte Frau Nußbeck, dass es in jedem Fall einen Ausblick geben werde, der bestimmte Entscheidungen erforderlich mache. Im Übrigen enthalte das Konzept einen sehr umfassenden Maßnahmenkatalog, der eine Reihe von noch zu prüfenden Erkenntnissen enthalte, die sich aus der geführten Strukturdiskussion ergaben und weitere Effekte bringen können.

Frau Nußbeck erläuterte zu den Eckdaten der Finanzplanung im Weiteren, dass bei den Einnahmen aus allgemeinen Zuweisungen im Jahr 2007 42.179,8 TEUR und für das Jahr 2008 43.357,4 TEUR auf der Basis der Aussagen des Landes eingeplant wurden. Für die nächsten Jahre wurde dieser Betrag konstant geplant, um einer möglichen negativen Entwicklung in den nächsten Jahren besser Rechnung zu tragen.

Ein weiterer wesentlicher Umstand sei, so Frau Nußbeck weiter, dass nach dem Gesetz die Kommunen innerhalb des Finanzplanungszeitraumes den Haushaltsausgleich darstellen müssen. Bedingt dadurch, dass dies aufgrund der aktuellen Entwicklungen für viele Kommunen nicht mehr darstellbar war, habe es einen Erlass gegeben, der den Finanzplanungszeitraum erweitert habe und den Kommunen eine zusätzliche Frist von 5 Jahren eingeräumt habe. Für Dessau wäre dies das Jahr 2015. Leider war dies nicht darstellbar und aus diesem Grund habe man den Haushaltsausgleich unter allen Mühen bis zum Jahr 2016 darstellen können. Man hoffe aber, dass das Land als Soforthilfe der Kommunalaufsicht einen weiteren Ermessensspielraum beim Konsolidierungszeitraum einräumen werde, wenn das laufende Defizit bis zum Jahr 2012 beseitigt sei. Dessau habe momentan das laufende Defizit im Jahr 2010 beseitigt und würde diese Forderung erfüllen.

Weitere Ausführungen zum Finanzplan und diesbezügliche Anfragen wurden nicht vorgebracht und Frau Nußbeck leitete zum Haushaltskonsolidierungskonzept 2007 und Folgejahre über.

3.2. Haushaltskonsolidierungskonzept 2007 und Folgejahre Vorlage: BV/128/2007/II-20

Frau Nußbeck knüpfte an Ihre Ausführungen zur Finanzplanung an und ging im Weiteren unter Bezugnahme auf das Haushaltskonsolidierungskonzept 2007 und Folgejahre auf die neuen Maßnahmen ein. Etwaige Anfragen und deren direkte Beantwortung sind nachfolgend protokolliert. Die Mitglieder des Ausschusses folgten dem Vorschlag von Frau Nußbeck, dass heute nur die Darstellung der neuen Maßnahmen, eine Diskussion in den weiteren Ausschusssitzungen am 23. und 24. Mai 2007 erfolgen solle. Die Maßnahmen beginnen im

Einzelplan 3 – Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege

Einzelplan 3, Seite 1541

Einsparvorschlag: 3001
 Unterabschnitt: 31000
 Bezeichnung: Museumspädagogischer Dienst – Schließung der Einrichtung ab dem Jahr 2008

Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Einzelplan 3, Seite 1545

Einsparvorschlag: 3007
 Unterabschnitt: 33110
 Bezeichnung: Anhaltisches Theater –
 1. Reduzierung des städtischen Finanzierungsanteils
 2. Erhöhung des Finanzierungsanteils durch das Land

Auf die Anfrage von Herrn Bönecke, Aktivitäten der Stadt die Bildung einer Kulturlage durch das Land betreffend, erläuterte Frau Nußbeck, dass über diese Thematik bisher nicht gesprochen wurde. Sicher müsse man sich in dem Fall damit auseinandersetzen, wenn die durch die Stadt an das Land gerichteten Vorschläge im Bereich Kultur kein Gehör finden.

Weitere Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Einzelplan 3, Seite 1579

Einsparvorschlag: 3019
 Unterabschnitt: 35200
 Bezeichnung: Anhaltische Landesbücherei – weitere sozialverträgliche Stellenreduzierung beim Personal um 4,376 VbE

Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Einzelplan 3, Seite 1581

Einsparvorschlag: 3020
 Unterabschnitt: 32150
 Bezeichnung: Meisterhäuser – Erhöhung der Eintrittspreise

Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Einzelplan 3, Seite 1583

Einsparvorschlag: 3021
 Unterabschnitt: 32120
 Bezeichnung: Anhaltische Gemäldegalerie – Übertragung an die Kulturstiftung des Landes zum Dessau-Wörlitzer Gartenreich

Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Einzelplan 3, Seite 1585

Einsparvorschlag: 3022
 Unterabschnitte: 32110, 32130
 Bezeichnung: Museum für Naturkunde und Vorgeschichte/
 Museum für Stadtgeschichte – Einsparung Kassendienst
 wg.
 unwirtschaftlichem Verhältnis gegenüber Erhebung Eintrittsgelder

Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Einzelplan 3, Seite 1587

Einsparvorschlag: 3023
 Unterabschnitt: 32110
 Bezeichnung: Museum für Naturkunde und Vorgeschichte
 Übernahme des Zuschusses für die Betreuung durch das Land

Herr Dr. Schmidt erfragte in diesem Zusammenhang den Stand zum Konsolidierungsvorschlag 3013 – Bildung eines Museumsverbundes. Frau Nußbeck führte aus, dass der im vergangenen Jahr gefasste Beschluss voll inhaltlich personalseitig in das Personalentwicklungskonzept eingeflossen sei.

Weitere Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Einzelplan 4 – Soziale Sicherung

Einzelplan 4, Seite 1621

Einsparvorschlag: 4036
 Unterabschnitt: 46010, 46020
 Bezeichnung: Schülerfreizeitzentrum Station junger Techniker
 Reduzierung der Öffnungszeiten während der Schulzeiten
 (Vormittagsstunden)

Frau Andrich erbat eine Übersicht, der in den betreffenden wegfallenden Vormittagsstunden bisherigen Angebote des Schülerfreizeitentrums. Eine Beantwortung der Anfrage durch das Fachamt erfolgt bis zur Sitzung des Ausschusses am 24.05.2007.

Weitere Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Einzelplan 4, Seite 1623

Einsparvorschlag: 4037
 Unterabschnitt: 45150
 Bezeichnung: Sonstige Jugendarbeit – Schließung der
 Kinderfreizeiteinrichtung der Urbanisten am Zoberberg
 aufgrund des Wegfalls der Förderung über das Programm
 „Soziale Stadt“

Frau Nußbeck bezog sich auf die durch Frau Andrich geäußerten Bedenken und verwies auf die weiteren Sitzungen zu den Einzelplänen, in denen die einzelnen vorgeschlagenen Maßnahmen diskutiert werden. Darauf hatte man sich zu Beginn der heutigen Sitzung geeinigt.

Einzelplan 4, Seite 1625

Einsparvorschlag: 4038
 Unterabschnitt: 46400
 Bezeichnung: Kindertagesstätten
 1. Aufhebung der Geschwisterermäßigung auf den
 Elternbeitrag
 2. Erhebung kostendeckender Verpflegungsentgelte

Bezug nehmend auf die durch Frau Perl geäußerten Bedenken verwies Frau Nußbeck ebenfalls auf die weiteren Sitzungen des Ausschusses zu den Einzelplänen, in denen eine Diskussion zu den einzelnen vorgeschlagenen Maßnahmen erfolgen werde.

Herr Bönecke erbat zur Sitzung am 24.05.2007 Angaben zu den Fällen von Geschwisterermäßigungen in den städtischen Einrichtungen und darunter, wie viel Kinder davon städtische Kindereinrichtungen besuchen.

Einzelplan 5 – Gesundheit, Sport, Erholung

Einzelplan 5, Seite 1629

Einsparvorschlag: 5002
 Unterabschnitt: 55000
 Bezeichnung: Überführung Bäderwesen an die DVV

Auf Anfrage von Herrn Dr. Schmidt zum Stand der Prüfung des Konsolidierungsvorschlages, der bereits im vergangenen Jahr beschlossen wurde, verwies Frau Nußbeck auf die vom Finanzamt bereits vorliegende Auskunft, dass eine Bäderübertragung nicht steuerneutral sei. Momentan sei die Verwaltung bei der Prüfung, inwieweit es fördermittelschädlich sei, das Objekt Gesundheitsbad (Stadtschwimmhalle) an eine privatrechtliche Gesellschaft zu übertragen. Eine entsprechende Anfrage habe das Amt für Wirtschaftsförderung und Statistik an die EU-Kommission gestellt. Frau Nußbeck versicherte, dass die Verwaltung weiter an diesem Konsolidierungsvorschlag arbeite.

Einzelplan 5, Seite 1651

Einsparvorschlag: 5013
 Unterabschnitte: 56050, 56070
 Bezeichnung: Kommunale Sportstätte Ringerzentrum
 Sportplatz Schaftrift
 1. Schließung des Ringerzentrums
 2. Schließung des Sportplatzes Schaftrift

Auf Anfrage von Herrn Eichelberg, ob das bedeuten würde, dass dieser an einen Verein übergeben werde führte Frau Nußbeck aus, dass das davon abhängt, ob sich ein entsprechender Verein finde. Im Übrigen sei dieser Konsolidierungsvorschlag erst in 2009/2010 umzusetzen. Frau Nußbeck informierte in diesem Zusammenhang, dass die Stadt bis zu diesem Zeitpunkt das Sportstättenkonzept vorlegen werde, da auch der Bedarf an Sportstätten der demographischen Entwicklung der Stadt angepasst werden müsse.

Frau Andrich erbat zur Sitzung am 24.05.2007 Informationen, was ein Umzug und die Neueinrichtung des Ringerzentrums an einem anderen Standort kosten würde.

Weitere Anfragen zum Einzelplan 5 wurden nicht vorgebracht.

Zu den Einzelplänen 6 und 7 wurden keine Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 8 – Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grund- und Sondervermögen

Einzelplan 8, Seite 1721

Unterabschnitt: 81710
 Einsparvorschlag: 8007
 Bezeichnung: Erhöhung der Gewinnabführung ab dem Jahr 2008 durch
 Aufgabe/Privatisierung verlustbringender Sparten

Frau Nußbeck machte im Besonderen auf diesen Vorschlag aufmerksam und führte aus, dass dieser Vorschlag deutlich mache, dass sich die Stadt innerhalb der Stadtwerke mit den verlustbringenden Sparten auseinandersetzen müsse.

Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Einzelplan 9 – Allgemeine Finanzwirtschaft

Frau Nußbeck machte im Besonderen auf die Einsparvorschläge 9002 und 9003 aufmerksam. Bei der Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer habe man in Richtung der Stadt Magdeburg geschaut, die eine Hebesatzerhöhung auf 490 v. H. vorgeschlagen haben.

Einzelplan 9, Seite 1729

Unterabschnitt: 90000
 Einsparvorschlag: 9002
 Bezeichnung: 1. Erhöhung des Hebesatzes für Grundsteuer B
 2. Anhebung des Hundesteuersatzes ab 2008

Einzelplan 9, Seite 1731

Unterabschnitt: 90000

Einsparvorschlag: 9003

Bezeichnung: 1. Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer (Dessau)
im Jahr 2008
2. Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer (Rodleben) im
Jahr 2010

Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Einzelplan 9, Seite 1733

Unterabschnitte: 91000, 91100

Einsparvorschlag: 9004

Bezeichnung: Einsatz von Veräußerungserlösen zur Schuldentilgung

Frau Nußbeck erläuterte zu diesem Vorschlag, dass die Verwaltung diesen als allgemeinen Vorschlag für das Jahr 2010 formuliert habe. Das eröffne der Stadt die Möglichkeit, intern in aller Ruhe und sachlich zu untersuchen und zu diskutieren, bevor man eine Entscheidung treffe. Und es eröffne sich für die Stadt die Möglichkeit zu beobachten, ob die Tendenz unserer eigenen Einnahmen wieder nach oben gehe. Wir haben, so Frau Nußbeck weiter, im Jahr 2006 einen extremen Einbruch an den Einnahmen aus der Gewerbesteuer erlitten, sehen aber im Jahr 2007 einen leichten Aufwind. Im Weiteren müssen im Jahr 2008 die Synergieeffekte aus der Fusion betrachtet werden, die durch schnell zu fällende Entscheidungen sofort zu Einsparungen führen.

Wichtig bei diesem Vorschlag sei, so Frau Nußbeck, dass dieser allgemein gefasste Beschluss möglicherweise dazu führen könne, für den Haushalt 2007 eine Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde zu erwirken.

Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Frau Nußbeck nahm im Weiteren Bezug auf die **Eckwerte zum Vermögenshaushalt 2007** und erläuterte, dass die Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen dargestellt seien. Die Investitionshilfen wurden in voller Höhe in den Vermögenshaushalt eingestellt. Einige wichtige Investitionen, wie

- Astronomische Station
- Generalsanierung Zoberberg
- Altes Theater
- Sport- und Freizeitzentrum AOK-Gebäude
- Sanierung Kindereinrichtung „Pustebblume“
- Bahnhofstraße

seien enthalten. Das Investitionsprogramm sei bis zum Jahr 2015 aufgestellt, aber nur bis zum Jahr 2011 umgesetzt.

Zum Verwaltungshaushalt 2007, sei zu sagen, so Frau Nußbeck weiter, dass wie schon ausgeführt das Defizit 32.659,2 TEUR, davon 12.820,0 TEUR laufendes Defizit, betrage. Die Verwaltung habe sich bemüht, alle objektiven Veränderungen, die nicht auszuschließen waren, mit aufzunehmen.

Für die weiteren Sitzungen zum Haushalt bat Frau Nußbeck darum, soweit gewünscht, ganz gezielte Anfragen zu den Einzelplänen zu stellen, um den Zeithorizont ausnutzen zu können. Ansonsten sei der Schwerpunkt der Diskussion auf das Haushaltskonsolidierungskonzept zu legen.

Hinsichtlich auf den mit ausgereichten Stellenplan erläuterte Frau Nußbeck, dass momentan 156 VbE mit kw-Vermerken ausgewiesen seien. Davon seien etwa 32 Stellen, die im Jahr 2007 betriebsbedingte Kündigungen erforderlich machen würden. D. h., dass diese 32 betriebsbedingten Kündigungen anstehen, wenn die Stadt keinen Tarifvertrag haben würde. Weiterhin sei klar, dass ab 01.07.2007 weitere 39 Doppelbesetzungen hinzukommen. Damit liege die Stadt bei ca. 70 Stellen Personalüberhang, der als betriebsbedingte Kündigungen gewertet werden könnte. Momentan wurde ermittelt, dass etwa 731 MitarbeiterInnen unter den Tarifvertrag fallen. Das würde rein rechnerisch betrachtet die 36 Stunden-Woche bedeuten. Diesbezüglich machte Frau Nußbeck auf das absprachegemäß am 16.05.2007 stattfindende erste Tarifgespräch mit Ver.di aufmerksam.

Eine weitere große Unsicherheit für den Stellenplan bestehe in der möglichen Eingemeindung der Gemeinden Wörlitz, Horstdorf und Vockerode. Sollte es dazu kommen, sei nochmals mit 40 MitarbeiterInnen zu rechnen. Mehr Informationen stehen derzeit nicht zur Verfügung.

Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Frau Nußbeck schloss Ihre Ausführungen zum Haushaltsplanentwurf 2007 mit dem Appell an die Stadträte, dass es in dieser schwierigen Situation wichtig sei, nicht aus den Augen zu verlieren, dass die Stadt nur auf Hilfe seitens des Landes hoffen könne, wenn sie selbst zu notwendigen Entscheidungen zur Sanierung des Haushaltes bereit sei.

In diesem Sinne und in der Hoffnung auf eine sachliche und konstruktive Haushaltsdiskussion beendete Frau Nußbeck die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses.

Weitere Anfragen und Informationen wurden nicht vorgebracht.

Dessau, 30.08.07

Sabrina Nußbeck
Vorsitzende Ausschuss für Haushalt und Finanzen

J. Düring
Schriftführer